

Mittwoch, 29. April 2026, Offenbach-Post / Offenbach

„Sound von morgen längst Realität“

Fluglärmgegner fordern verbindlichen Schutz statt Technikversprechen

Offenbach – Anlässlich des „International Noise Awareness Day“ am 29. April schlugen die Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BVF) und die Bürgerinitiative Luftverkehr Offenbach (BIL) Alarm: Die Belastung durch Fluglärm nehme weiter zu, während politische und technologische Versprechen einer Entlastung oft ins Leere liefen.

Nach Angaben der Verbände klagt mittlerweile jeder vierte Mensch in Deutschland über Lärm. Besonders kritisch sei Fluglärm, der durch seine unregelmäßigen Einzelereignisse und nächtlichen Störungen erhebliche gesundheitliche Folgen haben könne. Studien und Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation verweisen auf Risiken wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Schlafstörungen und Depressionen. Das derzeitige Schutzniveau reiche nicht aus, um die Bevölkerung wirksam zu schützen.

Unter dem diesjährigen Motto „Der Sound von morgen“ rücke die öffentliche Debatte stark auf Innovation und Digitalisierung. Aus Sicht der Initiativen greife das jedoch zu kurz. Entscheidend sei nicht die bessere Messung oder Verwaltung von Lärm, sondern dessen tatsächliche Reduzierung.

Gerade im Luftverkehr zeige sich, dass technischer Fortschritt nicht automatisch zu weniger Belastung führe. Effizientere Abläufe und dichtere Flugpläne könnten dazu beitragen, dass sich Lärm verlagere oder verdichte und mögliche Verbesserungen wieder aufgehoben würden.

BVF-Präsident Werner Kindsmüller betont, für Millionen Betroffene sei der „Sound von morgen“ längst Realität – mit spürbaren gesundheitlichen Folgen und Einschränkungen der Lebensqualität. Ingrid Wagner von der BIL weist darauf hin, dass Offenbach zu den am stärksten belasteten Großstädten Deutschlands zählt.

Die Organisationen fordern daher ein Umdenken in der Politik. Konkret verlangen sie verbindliche Nachtflugregelungen zwischen 22 und 6 Uhr, eine konsequente Orientierung an gesundheitlichen Grenzwerten der WHO sowie eine stärkere Berücksichtigung von Lärmschutz in Planungs- und Genehmigungsverfahren. Langfristig könne nur eine Reduzierung des Luftverkehrs – insbesondere in Nacht- und Randzeiten – die Belastung wirksam senken.

Zugleich kritisieren die Initiativen, dass wirtschaftliche Interessen im Luftverkehr weiterhin Vorrang hätten. Kapazitätserweiterungen und Wachstum würden politisch gefördert, während eine Begrenzung des Flugverkehrs häufig als Standortnachteil dargestellt werde. Diese Sichtweise greife aus ihrer Perspektive zu kurz, da die gesundheitlichen Folgekosten für die Bevölkerung bislang nicht ausreichend berücksichtigt würden.

Aus Sicht der Initiativen ist der Umgang mit Fluglärm letztlich keine technische, sondern eine politische Frage: Gesundheitsschutz müsse Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen erhalten.

VUM